

Vertrag geschlossen

Kita-Übergabe von Stadt an Kirche ist im Gang

Gießen (kw). Die Übergabe des städtischen Kindergartens Anne-Frank-Straße an das Diakonische Werk geht voran. Am Montag habe der Magistrat den Vertrag zwischen der Stadt und dem Evangelischen Wohlfahrtsverband gebilligt, teilte Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich mit. »Es wird nicht alles umgekrempelt«, bekräftigte die Jugenddezernentin. Die größte Veränderung werde der Umbau und die Einrichtung einer weiteren Gruppe; das werde erst in einiger Zeit umgesetzt. Selbstverständlich könnten wie in jeder kirchlichen Einrichtung weiterhin alle Kinder die Kita besuchen – egal, ob die Familie irgendeiner Religion angehört. Alle Mitarbeiterinnen, die das wollen, würden dort weiterbeschäftigt. Zwei, die bald in den Ruhestand gehen, bleiben aus formalen Gründen beim Arbeitgeber Stadt.

Auch konfessionsloses Personal könne – wie es als Bedingung für eine Übergabe festgeschrieben war – selbstverständlich bleiben, ergänzte auf AZ-Anfrage Holger Claes, Leiter des Diakonischen Werks. Bei Neueinstellungen achte der christliche Träger in der Regel zwar auf Kirchenzugehörigkeit. Einem Grundsatzbeschluss zufolge darf Kita-Personal aber auch anderen Religionen angehören, wenn im Wohngebiet rund um die Einrichtung zu einem großen Teil Nicht-Christen leben. Das trifft auf das Viertel in der Weststadt zu; die Kita in der Anne-Frank-Straße hat einen Migrantenteil von rund 80 Prozent. Sowohl manche Muslime als auch einige Aussiedler hätten Vorbehalte gegen einen kirchlichen Betreiber, hieß es im Jugendhilfeausschuss, der dem DW dennoch mit großer Mehrheit den Zuschlag unter drei Bewerbern gab.

Wie berichtet, hat die Stadt die Tagesstätte aufgegeben, um in ihrem streng begrenzten Stellenplan mehr Spielraum zu bekommen. Sie bleibt aber Eigentümerin des Gebäudes, die Aufsicht liegt wie bei allen Kitas beim Jugendamt. Vonseiten der Stadt fließt etwa ebenso viel Geld in den Kindergarten wie bisher, nur aus einem anderen Haushaltsposten. Die evangelische Kirche steckt keine eigenen Mittel in den Betrieb. Allerdings gibt es mehr Landeszuschüsse, weil freie Träger stärker gefördert werden als kommunale. Weigel-Greilich zufolge will die Stadt keine weiteren Kindergärten an andere übergeben.